

# Warnemünder Erklärung

## Wald in Not

Stürme, Dürre, Borkenkäfer: das Extremjahr 2018 hat Bäume vertrocknen und Wälder sterben lassen. Der Klimawandel bedroht die deutschen Wälder zunehmend in ihrer Existenz. Vertraute Waldlandschaften gehen verloren.

Wir brauchen deshalb Soforthilfen für den Wald und gesetzliche Regelungen zum Schutz der deutschen Wälder vor den Klimafolgen.

### 1. Soforthilfen für die Bewältigung der Dürrefolgen im Wald bereitstellen!

Derzeit kämpfen Waldbesitzende und Forstleute in ganz Deutschland darum, den Wald in seinem Bestand zu sichern. Absterbende Bäume müssen gefällt und aus dem Wald abtransportiert, riesige Kahlfelder wieder aufgeforstet und vertrocknete Jungpflanzen ersetzt werden. Der Aufwand hierfür überschreitet das Normalmaß um ein Vielfaches und überfordert die Waldbesitzenden und Forstleute auf Jahre hinaus. Damit dürfen sie nicht allein gelassen werden.

Um die dringendsten Maßnahmen zum Walderhalt bewältigen zu können, werden für die nächsten 5 Jahre jährlich zusätzlich mindestens 100 Millionen Euro Bundesmittel benötigt.

### 2. Gesetzliche Regelungen zum Schutz des Waldes im Klimawandel auf den Weg bringen!

Die Erfahrungen bei der Bewältigung der aktuellen Krise zeigen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein effizientes Krisenmanagement nicht ausreichen. Wir brauchen deshalb gesetzliche Regelungen, die die für den Fortbestand unserer Wälder notwendigen Weichenstellungen umfassend und verbindlich regeln. Eckpunkte solcher gesetzlichen Regelungen müssen u.a. sein:

- Einheitliche und permanente bundesweite Erfassung des Waldzustandes im Hinblick auf die Entstehung von Klimaschäden
- Aufbau eines bundesweiten Krisenmanagements
- Harmonisierung bestehender Vorschriften in verschiedenen Rechtskreisen (z.B. Verkehrs-, Steuer-, Beihilfe-, Forstschädenausgleichs-, Pflanzenschutz-, Umweltrecht) für den Krisenfall.
- Maßnahmen zur Krisenprävention (u.a. Förderung waldbaulicher Maßnahmen, Forschung, Forstpflanzenzüchtung, Aufklärung und öffentliche Information)

Warnemünde, den 09. April 2019